

Studienabbrecher kommen Staat teuer zu stehen

Jeder Dritte wirft vorzeitig hin – Land startet Kampagne und will Schüler mit Informationen versorgen

Stuttgart – Angesichts weiter hoher Abbrecherzahlen spricht der wirtschaftsnahe Stifterverband von einem „Skandal“. Er hat ausgerechnet, wie teuer den Staat die vorzeitigen Hochschulabgänger zu stehen kommen.

VON GREGOR PREISS

Im Wissenschaftsministerium, wo man sich des Problems bewusst ist, probiert man es mit Aufklärung. An diesem Montag startet an Baden-Württembergs Gymnasien die Kampagne „Gscheit studiert“. 70 vom Ministerium geschulte Botschafter – Studenten – werden die angehenden Studenten mit Informationen über ihr Fach behelligen. Sie sollen Vorurteile ausräumen und Schüler davor bewahren, den falschen Weg einzuschlagen. „Die Kampagne verspricht ein voller Erfolg zu werden“, ist Wissenschaftsminister Peter Frankenberg (CDU) überzeugt.

Den kann das Land auch gebrauchen. Weniger aus Gründen der Fürsorge den Studenten gegenüber als aus purem Eigennutz. Ohne eine regionale Aufschlüsselung vorzunehmen, hat der Stifterverband berechnet, dass die vorzeitigen Abgänger den Staat bundesweit rund 2,2 Milliarden im Jahr kosten. Rechnet man die privaten Investitionen

Höchste Quote in den Geisteswissenschaften

und das entgangene Einkommen dazu, beläuft sich die Summe auf 7,6 Milliarden Euro. Die Berechnung setzt die Abbrecherquoten an Universitäten und Fachhochschulen mit den jeweiligen jährlichen Kosten für einen Studienplatz und die Verweildauer der Studienabbrecher in Beziehung.

Nach Angaben des Verbands, in dem sich Unternehmen und Privatpersonen zusammengeschlossen haben, verlässt fast jeder Dritte die Hochschule ohne Abschluss. „Ein Skandal“, findet Volker Meyer-Guckel, der stellvertretende Generalsekretär, angesichts niedrigerer Quoten im Ausland. Bund und Länder müssten viel entschiedener dagegen vorgehen. Die bloße Umstellung auf Bachelor und Master werde am Problem nichts ändern.

Laut der aktuellsten Studie des Hochschul-Informationen-Systems in Hannover finden sich die meisten Abbrecher im klassischen universitären Bereich – in den Sprach-, Kultur- und Sozialwissenschaften also. Auch Informatiker und Ingenieurwissenschaften schmeißen überdurchschnitt-



Massenbetrieb Uni: Viele Studenten fühlen sich überfordert – und beenden ihr Studium vorzeitig

Foto: dpa

lich hin. Informatikern wird nachgesagt, bei einem Jobangebot schnell zuzugreifen; schwache Maschinenbaustudenten hingegen werden traditionell früh ausgesiebt. Am geringsten ist der Abbrecheranteil in schulischen Studiengängen wie Medizin. Die Gründe für den Abgang sind meist dieselben: Enttäuschung über Praxisferne gepaart mit Motivationsproblemen und Scheitern bei Prüfungen.

Eine Informationskampagne, wie sie das Land nun unternimmt, ist in den Augen des Stifterverbands ein stumpfes Schwert. Generalsekretär Meyer-Guckel schlägt stattdessen ein anderes Finanzierungsmodell vor; eines, das sich nicht an der Zahl der Stu-

dienplätze bemisst, sondern an der Zahl der Absolventen. „Das Modell belohnt Hochschulen, die sich ehrlich um den Erfolg der Studenten kümmern, ohne das Niveau der Prüfungen zu senken“, meint Meyer-Guckel. Zum Zweiten sollten alle Hochschulen Eignungstests für Studenten einführen – „damit Anfänger gleich wissen, was auf sie zukommt“.

Im Wissenschaftsministerium hält man die Vorschläge „im Prinzip für richtig“. Ein Sprecher verweist darauf, dass das Land als eines der ersten Aufnahmetests eingeführt habe. Dies werde weiterentwickelt. Künftig soll es auch bei nicht zulassungsbeschränkten Fächern „Orientierungsverfahren“ ge-

ben, die allerdings nicht über die Zulassung entscheiden. Was die Mittelzuweisung durch das Land angeht, verweist der Sprecher auf den erst kürzlich beschlossenen Solidarpakt: Dort sei eine „erfolgsorientiertere Finanzierung“ festgeschrieben worden. Der Ministeriumssprecher geht davon aus, dass die Umstellung auf Bachelor und Master sehr wohl die Abbrecherzahlen senken wird. Auch die Einführung von Studiengebühren wird sicher dazu beitragen. Aktuelle Untersuchungen hierzu liegen allerdings noch nicht vor.

Weitere Informationen unter: www.studieninfo-bw.de

Koch sucht heiße Liebe

Mit einer Internet-Seite will der Radolfzeller Küchenmeister Thomas Honold den Singles aus seiner Branche in Deutschland, Österreich und der Schweiz zu Freundschaften oder Lebenspartnern verhelfen. Denn wer arbeitet, wenn andere Freizeit haben, hat es besonders schwer, Kontakte zu knüpfen, sagt Honold, der die erste Seite im deutschsprachigen Raum anbietet, auf der der Partner nach Beruf ausgewählt wird.

VON GERHARD HERR

„Koch sucht heiße Liebe“, „Zuckerperle sucht Konditor“ oder „Winzer sucht Frau mit Prädikat“. Mit solchen Sprüchen will Thomas Honold die Besucher zunächst zum Schmunzeln und Nachdenken bringen. Dabei liegt das Problem auf der Hand: „Für uns ist es schwer, private Kontakte zu



Koch Honold und seine Seite Foto: Herr

knüpfen, meist arbeiten wir doch bis in die Puppen“, sagt der 29-Jährige, der mit seinen Eltern ein Restaurant auf der Radolfzeller Bodenseehalbinsel Mettnau betreibt.

Auch er ist seit einiger Zeit wieder Single. Der Grund: „Viele von uns sitzen teilweise den ganzen Tag im elterlichen Betrieb oder in den Küchen fest und kommen nicht raus.“ Wenn sie Freizeit hätten, müssten andere Menschen wieder arbeiten, meint Honold. Also läge es nahe, Personen mit gleichen Voraussetzungen fänden zueinander. Vor einem halben Jahr hat er die Seite entworfen, 268 Männer und 117 Frauen haben sich mittlerweile registrieren lassen. Die Seite soll Treffpunkt für alle Singles aus der Gastrobranche oder dem Lebensmittelhandwerk sein. Die ersten tausend Teilnehmer, wirbt Honold, erhielten eine kostenlose Mitgliedschaft. Für alle weiteren betrage die monatliche Mitgliedsgebühr fünf Euro. Um zu verhindern, dass die „Limone, die ihren Barkeeper“ sucht, auf Nacktbilder stößt, hat der Koch eine Suchmaschine eingebaut, die solche Teilnehmer verbannt.

Weitere Informationen unter: www.gastrosingle.de

Goll: Schlichten statt prozessieren

Justizminister fordert Gesetzesreform – Rechtsanwälte: Außergerichtlich einigen

Stuttgart/Ravensburg (lsw) – Die Menschen im Land sollen sich zukünftig noch häufiger mit Hilfe eines Schlichters oder Mediators einigen, statt vor Gericht zu streiten. Dies fordert Justizminister Ulrich Goll (FDP).

Er will zu diesem Zweck auch das Schlichtungsgesetz reformieren, das für manche Verfahren vor den Amtsgerichten einen vorgeschalteten außergerichtlichen Einigungsversuch vorschreibt. „Eine Optimierung des Schlichtungsgesetzes ist in nächster Zeit geplant“, sagte Golls Sprecher. Vor einer Reform des sieben Jahre alten Gesetzes müsse jedoch abgewartet werden, wie die Vorgaben des Bundes zum Anwendungsbereich der Streitschlichtung in Zukunft aussehen.

Der Präsident der Rechtsanwaltskammer Tübingen hatte den Zwang zu Schlichtungsversuchen kritisiert. „Ich persönlich halte den Automatismus des Schlichtungsgesetzes für falsch“, sagte Ekkehart Schäfer der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Besser sei es, verstärkt für freiwillige außergerichtli-

che Einigungsversuche zu werben. Verpflichtende Schlichtungsversuche führen nach seiner Einschätzung in vielen Fällen zu einer unnötigen Verzögerung des Verfahrens. Wenn beispielsweise ein Vermieter von seinem Mieter eine ausstehende Monatsmiete einklage, gebe es oft keinen Spielraum für Verhandlungen, erläuterte Schäfer. „Die Anwälte wollen ihre Fälle für ihre Mandanten so schnell wie möglich erledigen. Ein aussichtsloser Einigungsversuch kann das ganze Verfahren aber sechs bis acht Wochen verzögern.“

Nach dem Schlichtungsgesetz sind Klagen vor den Amtsgerichten in bestimmten Fällen unzulässig, wenn nicht zuvor ein Einigungsversuch außerhalb des Gerichtssaales unternommen wurde. Das ist etwa bei vermögensrechtlichen Streitigkeiten mit einem Streitwert bis zu 750 Euro, bei Nachbarstreitigkeiten oder bei zivilrechtlichen Verfahren nach einer Beleidigung der Fall. Ein Schlichtungsversuch ist nicht zwingend, wenn der Anspruch im Mahnverfahren

geltend gemacht wird. Goll sieht Vor- und Nachteile der Regelung. „Erwartungsgemäß zeigen sich Licht, aber auch Schatten.“ Neben Schwierigkeiten wie der richterorientierten Vorgehensweise vieler Schlichter oder Akzeptanzproblemen bei den Antragstellern gebe es auch positive Effekte. So leiste die Streitschlichtung einen „wichtigen Beitrag zur Förderung des Rechtsfriedens und zur Entlastung der Justiz“.

Skeptisch zeigt sich Goll zur Ausweitung der verpflichtenden Streitschlichtung. Ein Einigungsversuch sollte nach seinen Worten nur dort zwingend vorgeschrieben werden, wo er zur Konfliktlösung geeignet ist. Das gelte für den gegenwärtigen Anwendungsbereich des Schlichtungsgesetzes, aber längst nicht für alle Fälle vor den Amtsgerichten. Etwa bei einer Räumungsklage wegen Zahlungsverzuges des Mieters würde ein verpflichtendes Schlichtungsverfahren dem säumigen Mieter nach seiner Einschätzung nur die Möglichkeit einräumen, ein paar Wochen mehr mietfrei zu wohnen.

Das große Krabbeln gerät ins Stocken

Immer weniger Waldameisen – Tierschutzverband will Nester besser schützen

Stuttgart – Die Wunderwelt der Waldameisen wird immer kleiner. Laut Landestierschutzverband hat sich die Zahl der wuseligen Insekten in den vergangenen Jahren halbiert. Weil sie dem Wald „unerschätzbare Dienste“ leisten würden, müssten sie besser geschützt werden, fordert der Verband.

VON HILMAR PFISTER

Die großen Stars unserer Wälder sehen anders aus. Mächtig wie ein Rothirsch. Geschmeidig wie ein Luchs. Farbenprächtig wie ein Specht. Aber unscheinbar wie eine Waldameise? Wohl kaum. Doch ein zweiter Blick lohnt sich. Denn Waldameisen arbeiten im Hintergrund, ohne dass es jemand merkt. Sie lockern und durchlüften den Boden, wenn sie ihre gigantischen Nester anlegen. Sie vertilgen schädliche Insekten wie Forleule, Kiefernspanner und Großen Frostspanner. Und sie dienen anderen Tieren wie Grünspecht und Raufußhühnern als Nahrungsgrundlage. Kurzum: „Ameisen leisten dem Wald unerschätzbare Dienste“, sagt der Landestierschutzverband.

Doch gerade diese Dienste könnten in Zukunft immer öfter ausfallen, warnt der Verband. Waldameisen seien die „unbemerkteten Opfer einer immer rigider werdenden Waldnutzung“. Rodungen stünden an der Tagesordnung, ebenso wie Baumaßnahmen aller Art, wenn unter anderem Waldwege verbreitert oder neu angelegt werden.

Gefährlich wird es für die kleinen Krabbeler vor allem in den kommenden Monaten. Seit der Sommerzeit haben sie schon Tausende unterirdische Kammer- und Gangsysteme angelegt, um darin zu überwintern. In diesen Tagen ziehen sie sich in den Bodenbereich zurück, um an der Frostgrenze in Kältestarre zu fallen. Wird der Ameisenhügel nun von außen beschädigt, wirke sich dies besonders negativ aus, sagt der Landestierschutzverband – „meist sogar tödlich“. Und mit gesetzlichen Folgen. Denn Rote Waldameisen stehen seit mehr als 200 Jahren unter Naturschutz.

Eigentlich sind ihre Hügel nicht zu übersehen. Mannshoch können sie werden, und ihr Durchmesser beträgt bis zu vier Metern.

Königinnen produzieren jeden Tag 30 Eier

Das Bauwerk birgt eine faszinierende Welt. Mehr als eine Million Arbeiterinnen wuseln darin umher, tief unten thronen zahlreiche Königinnen, die jeden Tag etwa 30 Eier produzieren.

Mit Ehrfurcht solle man diesem Wunderwerk der Natur begegnen, sagt die Deutsche Ameisenschutzgruppe. Im Tierreich selbst dürfte dieser Appell wohl ungehört verhallen. Denn immer wieder stören auch Wildschweine, Mäuse oder Dachse den Nestfrieden. Mäuse zum Beispiel suchen nach Samen, die von den Ameisen herangeschleppt



Waldameisen vertilgen auch reichlich Schädlinge

Foto: Juniors Tierbild

werden. Gegen die größten Störenfriede empfiehlt die Ameisenschutzgruppe, den Hügel mit Holzpflocken und großmaschigem Draht zu umzäunen. Gegen Bauprojekte des Menschen helfen jedoch auch keine Zäune. Bevor die Bagger anrücken, sollte ein Nest deshalb umgesiedelt werden. Der baden-württembergische Landesverband der Ameisenschutzgruppe kennt sich mit solchen

Tote Polizistin in E-Mails verhöhnt

Heilbronner Polizei: Unfassbar

Gera/Heilbronn (lsw) – Die Heilbronner Polizei hat einen Tag nach dem Mord an einer Kollegin im vergangenen April hasserfüllte E-Mails erhalten. Wie das Magazin „Focus“ berichtet, muss sich ein 21-Jähriger aus Gera am 15. November vor dem dortigen Amtsgericht dafür verantworten.

Die Staatsanwaltschaft wirft ihm Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten vor. Wie das Blatt weiter schreibt, hatte der 21-Jährige einen Tag nach der Bluttat am 25. April an die Heilbronner Polizei eine hasserfüllte E-Mail geschickt, in welcher er seine Genugtuung über die Tat äußerte. Er titulierte die beiden getöteten und verletzten Beamten als „Scheißbullen“, die zu Recht getroffen worden seien. Der Heilbronner Polizei drohte er außerdem mit einer „kleinen Bombe“. Der wegen Diebstahls, Betrugs und Urkundenfälschung Vorbestrafte behauptete nun, seine Ankündigung sei „nur ein Spaß“ gewesen. Der Heilbronner Polizeisprecher Peter Lechner nannte diese Äußerungen „pietätlos und unfassbar.“

Der aus Thüringen stammenden Polizistin und einem damals 24 Jahre alten Kollegen war auf dem städtischen Festplatz Theresienwiese aus nächster Nähe in den Kopf geschossen worden. Die Polizisten gaben keinen Notruf ab, die 22-Jährige starb. Der Polizist überlebte schwer verletzt und lag mehrere Wochen im Koma. Inzwischen nahm er wieder seine Arbeit auf. Die Hauptspur in dem Fall ist DNA-Material, das am Fahrzeug der beiden Polizisten nach der Tat gefunden wurde: Es gehört einer Frau, deren Namen, Gesicht oder gar Aufenthaltsort man jedoch nicht kennt.

Bewerbungen für Stadt der Wissenschaft

Konstanz/Heidelberg (lsw) – Konstanz und Heidelberg wollen Stadt der Wissenschaft werden. Sie treten 2009 beim Wettbewerb des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft zusammen mit Oldenburg, Kaiserslautern, Lübeck und Rostock an. Nach Verbandsangaben vom Freitag sind mit dem Preis Fördermittel von bis zu 250 000 Euro verbunden. Konstanz hat seine Bewerbung unter das Motto „Grenzenlos denken“ gestellt und den benachbarten Schweizer Kanton Thurgau einbezogen.

Verfolgungsjagd endet mit Unfall

Bad Friedrichshall (lsw) – Auf der Flucht vor der Polizei hat ein Autofahrer in Bad Friedrichshall (Kreis Heilbronn) einen Unfall verursacht, bei dem er selbst schwer verletzt wurde. Der 32-Jährige sei am Samstag mit seinem Wagen davongerausert, als ihn Polizisten kontrollieren wollte, teilte die Polizei mit. Nach einer Verfolgungsjagd sei der Mann mit seinem Auto von der Straße abgekommen und gegen geparkte Pkw geprallt.

Autofahrer prallt gegen Baum und stirbt

Muggensturm (lsw) – Ein 19 Jahre alter Mann ist am Sonntagmorgen bei einem Unfall in der Nähe von Muggensturm (Kreis Rastatt) ums Leben gekommen. Wie die Polizei mitteilte, war der Mann auf einer Kreisstraße zu schnell unterwegs. Er kam von der Straße ab und prallte gegen einen Baum. Sowohl der Fahrer als auch eine 15-jährige Mitfahrerin wurden im Pkw eingeklemmt. Das Mädchen wurde schwer verletzt.